Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1993)

Heft: 2

Artikel: Energie 2000 und eins

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586373

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Energie 2000 und eins

"Wir gaben ihnen zu trinken und dann haben sie losgeschossen." Bundesrat Ogi nach dem Treffen mit den Umweltverbänden.

Bundesrat Ogi hat am 1. April bekanntlich die geplante Aussprache mit der SES und 18 weiteren Umwelt- und Anti-AKW-Organisationen über eine zukünftige Energiepolitik platzen lassen. Damit hat er dem Positionspapier der Umweltverbände zu einem unverhofft breiten Presse-Echo verholfen. Am 3. Mai hat Ogi die Umweltdelegation nun doch noch empfangen. Fazit: festgefahrene Positionen und ein beleidigter Bundespräsident. Ogi hält an seiner aggressiven Atompolitik fest, während die Umweltorganisationen einen Weg skizzieren, der aus der Atomtechnologie herausführen soll.

"Wir gaben ihnen zu trinken", sagte Bundesrat Adolf Ogi am Fernsehen nach seinem Treffen mit den Umweltorganisationen "und dann haben sie losgeschossen". Ogi hat den klaren Ton nicht goutiert. Er will weiterhin reden, wie er betont, aber den Worten lässt er leider keine Taten folgen: Er hält an seiner Atompolitik fest, die den Moratoriumsentscheid des Volkes verdreht. Und in der Nachfragesenkung macht er auch dort nur vage Versprechungen, wo er entschlossen handeln könnte.

Die Umweltorganisationen wollen sich am "Energie 2000"-Programm deshalb nur noch beteiligen, wenn das EVED bereit ist, "intellektuelle Energie zu investieren und sich zu bewegen". Bereits bewegt haben sich die Umweltverbände. Sie haben ein Positionspapier ausgearbeitet, das nicht nur die Mängel der bisherigen Energiepolitik kritisiert ("Schwarzbuch"), sondern in der "EnergieZukunft" auch konkrete Lösungen skizziert.

Ausstieg jetzt beginnen!

Der Unfall von Tschernobyl ist "nur" der sichtbare Gipfel des Eisbergs "Risiko Atomspaltung": Uranbergbau, Abbrand von Spaltstoffen in Hunderten von Atomkraftwerken, Super-Gau, Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen, Missbrauch von Spaltstoffen, Herstellung und Tests von A-Bomben, ungelöste Probleme der radioaktiven Abfälle. Die Anhäufung dieses enormen Risikopotentials gilt es durch die Einleitung des Ausstiegs zu begrenzen.

Ausgangspunkt des Positionspapiers ist die bundesrätliche Bewilligung der Leistungserhöhung im AKW Mühleberg vom 14. Dezember 1992. Die Umwelt- und Energieorganisationen haben sich seit jeher gegen die zusätzlichen Risiken einer Leistungserhöhung der AKW ausgesprochen. Insbesondere haben die im Aktionsprogramm "Energie 2000" involvierten Organisationen bereits im April 1991 die nachträgliche Einfügung der Leistungserhöhung in das Programm als Verstoss gegen das Moratorium bezeichnet.

Genehmigungsverfahren demokratisieren

Das heutige Atomrecht ist in der Bundesverfassung singulär und verletzt wesentliche Prinzipien der Demokratie, speziell der Europäischen Menschenrechtskonventio-

Sonderdruck "Energiepolitik der Schweiz"

Das von 19 Schweizer Umweltorganisationen ausgearbeitete "Positionspapier zur Energiepolitik der Schweiz" ist in drei Teile gegliedert: "Atompolitik" (Position und Forderungen), "Kleines Schwarzbuch" (auch nach drei Jahren Energie 2000 noch keine Tatbeweise) und "EnergieZukunft" (der Schlüssel für weniger Energieverbrauch). Der Sonderdruck kann bezogen werden bei: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Tel 01/271 54 64, Fax 01/273 03 69

nen. Wir fordern darum die Revision der Atomgesetzgebung hin zu einem zweistufigen Genehmigungsverfahren mit Weiterzugsmöglichkeiten an das Bundesgericht.

Statt die "Lex Wellenberg" durchzupauken (siehe Stillegung des Widerstands - nein danke, Seite 6) hat die Nagra erst den Tatbeweis zu erbringen, dass alle erforderlichen standortunabhängigen Vorarbeiten geleistet sind (Inventarklärung, Spezifikation aller Abfallsorten, Eingangskontrolle, Betriebsmanagement usw.). Es können keine Standortentscheide gefällt werden, solange kein Ausstiegsprogramm mit konkretem Zeitplan vorliegt und sein Vollzug nicht begonnen hat und solange die betroffene Bevölkerung nicht zustimmt hat. Keine Endlagerprinzipentscheide können gefällt werden, bevor der Stand der Technik international geklärt ist (Rückholbarkeit, Kontrollierbarkeit, etc.).

Die immer wieder angekündigte "Stabilisierung" der Mittelzuteilung für die Atomforschung ist nur halbherzig vorgenommen worden. Wir fordern eine Reduktion der Atomforschung auf reine Sicherheitsaspekte (Reaktorsicherheit noch laufender und abgestellter Anlagen, Stillegung, Atommüll, Strahlenschutz) und eine massive Aufstockung der angewandten Erforschung erneuerbarer Energien und der rationellen Energienutzung. Damit einher geht die Umpolung der Forschungspolitik des Paul-Scherrer-Instituts und die paritätische Zusammensetzung der Leitungsgremien.

Neue Bescheidenheit ist gefragt

Der Lebensstil der Schneekanonen, der Erdbeeren im Januar, der Kunsteisbahn im August, der Frühlingsferien in den Malediven, der Zweitwohnung auf den Balearen, des neuen Vierradturbos, etc. hat aus ökologischen und ökonomischen Gründen ausgedient. Eine neue Bescheidenheit im Konsum und in der Mobilität, mehr Mitmenschlichkeit und weniger Konsum sind gefragt - mehr denn je.

Energie sparen ist am billigsten, fördert schweizerische Arbeitsplätze, ist eurokompatibel und wirkt. Nachhaltigkeit als Prinzip: weniger Abfälle, weniger Gift, keine zusätzlich durch Kraftwerke, Hochspannungsleitungen und Strassen zerstörte Landschaften. Konkret: Statt dass wir importierten Sommerstrom mit grossen Verlusten und hohen Kosten in den gigantischen neuen Stausee am Grimsel pumpen, können wir den Winterstromverbrauch bei den Elektroheizungen dauerhaft vermindern.

Das Warten geht zu langsam und frustriert die EnergiesparerInnen. Neue Volksinitiativen zum Energiesparen sind der erste Schritt zum Handeln auf der Ebene der Volksrechte. Im Herbst 1993 werden Energieinitiativen lanciert, die das Energiesparen lohnend machen und erneuerbare Energien fördern. Eine Moratoriums-Plus Initiative folgt, die den Handlungsauftrag an den Bundesrat klar und unmissverständlich formuliert und die fordert, mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ernst zu machen.

Zum vorgelegten Entwurf einer Atomgesetz-Teilrevision (siehe Seite 6) müssen wir das Referendum ergreifen, weil damit die Volksrechte weiter eingeschränkt werden. Wir wehren uns hartnäckig gegen alle atomaren End- und Zwischenlagerprojekte, solange der Ausstieg aus der Atomenergie nicht beschlossen und sein Vollzug nicht in Gang gesetzt ist.

gir

EnergieZukunft

Das sind die wichtigsten Grundsätze:

● Das AKW-Moratorium ist der "erste Schritt zum Ausstieg"
Das Schweizervolk hat am 23. September 1990 mit einer Mehrheit von 55% und 22 Kantonen und Halbkantonen die Moratoriumsinitiative angenommen. Dessen Auftrag lautet: 10 Jahre lang an der Verbrauchssenkung zu arbeiten, damit man im Jahr 2000 besser sieht, dass der Ausstieg möglich ist. Investitionen in Kraftwerke binden den Franken, der bei Energiesparmassnahmen fehlt.

● Das "Prinzip Freiwilligkeit" ist gescheitert.
Freiwillige Vereinbarungen mit Geräteproduzenten und Autoimporteuren, Aufrufe zur freiwilligen Einschränkung des Konsums sind gescheitert: Klare gesetzliche Verbrauchsvorschriften und Lenkungsabgaben sind die notwendige Voraussetzung für ein energiesparendes Verhalten von KonsumentInnen und InvestorInnen.

● Hauptforderungen in der Atomenergiepolitik:
Wir verlangen die sofortige Ausführung der nachfolgenden drei Punkte als Vorbedingung für eine Wiederaufnahme von Gesprächen im Bereich Atompolitik:
- Rücknahme der Bewilligung der Leistungserhöhung im AKW Mühleberg,
- rasche Stillegung der besonders risikobehafteten Altreaktoren Mühleberg und Beznau I und II,
- Kündigung der Wiederaufarbeitungs-Verträge (Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft).

Hauptforderungen in der Energienachfragepolitik
- Energie mit Lenkungsabgaben verteuern,
- marktgerechte Tarife für BezügerInnen und RückspeiserInnen,
- Verbrauchsstandards für Geräte, Anlagen und Fahrzeuge, damit verschwenderische Produkte vom Markt verschwinden.